

# Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege

c/o Der Paritätische, Chlodwigstraße 30, 42119 Wuppertal

Telefon (0202) 420031 / Telefax (0202) 434099, Christina.Kroening@paritaet-nrw.org

Beschlussvorlage		Drucks.-Nr.VO/0560/02 öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
03.09.2002	Jugendhilfeausschuss	Entscheidung
04.09.2002	Ausschuss Soziales und Gesundheit	Entscheidung

29.08.2002

## Resolution des Jugendhilfeausschusses und des Ausschusses für Soziales und Gesundheit der Stadt Wuppertal gegen die geplanten Kürzungen im Sozialbereich des Landeshaushaltes NRW

Im Zuge der städtischen Haushaltskonsolidierung werden in Wuppertal von allen Beteiligten aus Politik, Wohlfahrtsverbänden und Stadtverwaltung große Anstrengungen unternommen, unvermeidbare Kürzungen so vorzunehmen, dass nicht die soziale Infrastruktur an einzelnen Stellen zusammenbricht.

Trotzdem sind die bisherigen Sparmaßnahmen im Sozialbereich schon jetzt nicht folgenlos für die betroffenen Arbeitsgebiete und damit für die hilfeschuchenden Bürgerinnen und Bürger. So ist eine ständige Fallzahlerhöhung in der Jugendhilfe ein schleicher Abbau, der von außen kaum bemerkt wird, der aber in den betroffenen Familien erhebliche Auswirkungen hat.

Zudem haben die bisherigen Einsparungen des Landes, wie z.B. im Bereich der ambulanten komplementären Dienste und der Nachversorgung von Jugendlichen zur Einschränkung von Leistungen geführt.

Mit großer Besorgnis sind die Kürzungspläne der Landesregierung im Sozialbereich in Wuppertal aufgenommen worden.

Kürzungen von Landesprogrammen greifen direkt in den kommunalen Haushalt und die Angebote und Dienste von Wohlfahrtsverbänden und sozialen Organisationen ein und sind nicht mehr zu kompensieren. Für viele soziale Hilfen in Wuppertal würde dies das gänzliche Aus bedeuten.

Aufgabenfelder, die direkt betroffen sind, wären aus derzeitiger Sicht:

- Kur- und Erholungsangebote
- Erziehungsberatungsstellen
- Gesetzliche Betreuung: hier die Förderung der ehrenamtlichen BetreuerInnen
- Offene und präventive Jugendarbeit
- Zufluchtsstätten für misshandelte Frauen
- Betreuung suchtabhängiger und HIV-infizierter Menschen
- Schuldnerberatung
- Vermittlungsstelle für gemeinnützige Arbeit

- **Sexualtäterberatungsstelle**
- **Täter-/Opfer-Ausgleich**

Besonders hervorheben möchten wir die Situation von sozial benachteiligten Kindern und von Senioren/innen mit geringem Einkommen.

Nach den Plänen der Landesregierung sollen Erholungsmaßnahmen für diese Zielgruppen zukünftig ersatzlos wegfallen.

Allein für Wuppertal bedeutet das, dass weit mehr als 1.000 Kinder, schon das Jahr über im Alltag ständig sozial benachteiligt, nun auch in den Ferien allein auf sich gestellt sind, ohne Betreuung, ohne Beschäftigung, ohne Erholung. Mehrere 100 zu ehrenamtlicher Tätigkeit bereite Studenten/innen und Schüler/innen werden nicht mehr benötigt.

Die Mitglieder des JHA und des SGA warnen dringend vor einer Gefährdung des gemeinsam getragenen sozialen Gefüges unserer Stadt.

Die rigorosen Streichungen dürfen nicht Realität werden, damit das soziale Gesicht und die soziale Sicherheit in unserer Stadt erhalten bleiben.

Wir fordern daher das Land NRW auf, seinen sozialen Verpflichtungen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern nachzukommen und die Kommunen in die Lage zu versetzen, menschenwürdige Gemeinwesen gestalten zu können.

**Der Jugendhilfeausschuss und der Ausschuss für Soziales und Gesundheit der Stadt Wuppertal unterstützen die Aktion der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege**

**„Geschlossen gwegen Sozial-Kahlschlag“**